



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

75 (14.2.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-201913](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-201913)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Abonnementspreis: In Mannheim und Umgebung monatlich 1,50 M., in den übrigen Orten 2,00 M. ...

Anzeigenpreis: Die kleine Zeile mit 4. — ausw. 5. — ...

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. — Aus der Welt der Technik. — Gesetz und Recht. — Mannheimer Frauen-Zeitung. — Mannheimer Musik-Zeitung. — Bildung und Unterhaltung.

Vertrauensvotum oder nicht?

(Von unserem Berliner Büro.)

Berlin, 14. Februar.

Der Auffassung, daß durch die Abkommänderungen das Kabinett Birth diesmal noch gerettet werden wird, ...

Die demokratische Fraktion hat, wie das „S.F.“ be-
hauptet, in ihrer gestrigen Sitzung, welche bis in die Abend-
stunden währte, beschlossen, dem Vertrauensvotum
zuzustimmen, aber mit der Zusage einer Erklärung,
welcher die Gründe für die Zustimmung aufgeführt sind.

Die Beratungen des Zentrums, an denen der
Abgeordnete teilnahm, dauerten bis in die späten Abend-
stunden. Man ist für Annahme des Vertrauensvotums. In
den Verhandlungen, die von Vertretern der Reichs-
partei mit den Unabhängigen angeknüpft wur-
den, beriet man hauptsächlich darüber, ob nicht irgend eine
Veränderung der Fassung des Vertrauensvotums, insbesondere
die Hervorhebung der außenpolitischen Lage, zum mindesten
eine teilweise Stimmenthaltung der Unabhängigen ermöglichen
würde.

Alles in allem: Das Vertrauensvotum wird zwar vor-
wiegend angenommen werden, aber nur eine kleine Mehr-
heit auf sich vereinen. Nun scheint aber Herr Dr. Birth, wenn
man den sozialdemokratischen Parlamentsdienst glauben darf,
wenn er zu beharren, die Regierung nur dann zu behalten,
wenn er eine größere Mehrheit für sich hat. Dem die
Mittler erzählt wird, erwogen, nach der Abstimmung vom
Mittwoch eine Interpellation über die auswärtige
Politik einzubringen, an deren Schluß dann ein
Vertrauensvotum eingebracht werden sollte, in dem
die Reichsregierung die Billigung des Reichstages für ihre
auswärtige Politik auszusprechen wäre. Dieser Antrag könnte
sogar die Zustimmung des ganzen Hauses mit Ausnahme der
Deutschnationalen und der Kommunisten finden, und damit
dann das Kabinett vor allem seine Autorität
vor dem Auslande, welche es besonders für die Kon-
kurrenz von Genua bedarf.

Zentrum und große Koalition.
In einem Bericht über die politische Lage schreibt die
„Kommunistische Volkszeitung“: „Der gegenwärtige Zustand lenkt
wieder die Aufmerksamkeit auf die unglücklichen parlamenta-
rischen Mehrheitsverhältnisse, die uns die Reichstagswahlen
vom Juni 1920 beschert haben. Diese Verhältnisse müßten von
Neuem an das Augenmerk auf die Notwendigkeit einer Erwei-
terung der alten Koalition nach rechts oder links richten. Erst-
lings kann und kommt nur eine Erweiterung nach rechts in
Frage, weil mit den Unabhängigen keine Koali-
tionspolitik möglich ist.“

Die Ziele der Deutschnationalen Volkspartei.
Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei hat
anlässlich eines Parteitagcs in Potsdam über die
Ziele seiner Partei gesprochen. Sie erstreben die bürger-
liche Einheitsfront.

Wenn Dr. Wirth fällt.
Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei hat
anlässlich eines Parteitagcs in Potsdam über die
Ziele seiner Partei gesprochen. Sie erstreben die bürger-
liche Einheitsfront.

auszuschließen und in eine scharfe Opposition über-
zugehen. Aus diesem Grunde würden alle Versuche zur Koali-
tion und ein Kabinett aus bürgerlichen Parteien zu bilden,
scheitern müssen. Es würde dann nichts anderes übrig blei-
ben, als Neuwahlen anzuberaumen.

Die Bemühungen um die Unabhängigen.

Der „Vorwärts“ bemüht sich, den Unabhängigen klar zu
machen, daß ein Kompromiß mit der Deutschen Volks-
partei überhaupt nicht mehr möglich sei.

Die vielbesprochene große Koalition, so schreibt das Blatt, wäre
nicht billiger zu haben als durch den Sturz von Wirth-Rathenau-
Schmidt und wahrscheinlich noch von einigen anderen. Die Sozial-
demokratie würde ein solches Geschäft nicht mitmachen. Es könne
also höchstens eine neue Koalition der nichtsozialistischen Parteien
in Frage kommen, eine Lösung, die die allerdings weder beim
Zentrum noch bei den Demokraten Reizung bestünde. „Trotzdem“
so fährt der „Vorwärts“ fort, könnten die bürgerlichen Parteien
auf diesen Weg gedrängt werden, wenn Wirth am Mittwoch gestürzt
und nach einer langen verlustreichen Kämpfe ein anderer Ausweg bliebe als
dieser. Die rein bürgerliche Regierung wird erst dann möglich, wenn
die sozialistische Fraktion durch ihr eigenes Verhalten ihre Bildung er-
zwingt. Mit anderen Worten: Stines kommt nur dann durch das
Tor, wenn die Unabhängigen Sozialdemokratische Partei es aufmacht
und ihn mit aller Gewalt hindert.

Die Verantwortung, die jetzt auf den Unabhängigen liegt,
wird nach dem Urteil der „Frankf. Ztg.“ hier im wesentlichen
richtig geschildert. Der „Vorwärts“ zeigt ihnen auch, wie sie
dem Dilemma, in das sie durch ihren Mißbilligungsantrag
geraten sind, entgehen könnten:

Die Unabhängigen brauchen am Mittwoch nur zu erklären, daß
sie zwar das Verhalten der Regierung im Eisenbahnerstreik
nicht als vorläufig beurteilen, daß es ihnen aber jetzt darum gehe,
die Bildung einer reaktionären Katastrophenregie-
rung zu verhindern, und daß sie darum den Antrag Marx-
Peterson-Müller annehmen — und das ganze Sinnesgeheimnis ist zer-
fallen. Helfen sie aber am Mittwoch der Regierung, die Regierung zu
führen, und kommt infolgedessen eine Saborinacherregierung aus
Aachen, dann können sich die Beamten und Arbeiter für alles, was
daraus wird, bei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
bedanken.

Die „Frankf. Ztg.“ hat Grund anzunehmen, daß dieser
Appell des „Vorwärts“ auch durch die persönlichen Bemü-
hungen sozialistischer Führer bei den Unabhängigen im Laufe
dieser Tage unterstützt wird. Der Kanzler seinerseits hat
gestern vormittag die Abgeordneten Hermann Müller und
Wels von der Sozialdemokratie zu einer Besprechung emp-
fangen und mit ihnen eine Aussprache über die parlamen-
tarische Situation gehabt. In parlamentarischen Kreisen wird
es sogar für wahrscheinlich gehalten, daß wenigstens
ein Teil der Unabhängigen bei der Abstimmung über das
Vertrauensvotum sich der Stimme enthält.

Kommunistische Fälschung.

Der Berliner, 13. Febr. In einem von den Kommuni-
stischen dem Reichstag vorgelegten Protokoll über die Ver-
handlungen der Reichsregierung mit den Beamtenvertretern
über die Beilegung des Eisenbahnerstreikes findet sich die
Behauptung, daß der Reichskanzler erklärt habe, er
habe die Disziplinierung der Streikenden aus den Händen
des Ministers Röder genommen, da dieser zu scharf-
maderisch vorgehe.

Wie von zutändiger Seite mitgeteilt wird, hat der
Reichskanzler eine derartige Äußerung nicht getan.

Dank an die arbeitswilligen Eisenbahner.

Der Reichskanzler, 13. Febr. Das Reichsverkehrsamt veröffentlicht
einen Dankesbrief des Reichsverkehrsministers an das pflicht-
erfüllende Personal und die technische Bei-
hilfe.

Dem Aufruf der Reichsgewerkschaft zur allgemeinen Dienst-
verweigerung ist ein Teil der Eisenbahnbeamten unter Vertretung
der Dienstpflicht gefolgt. Hunderttausende sind sich ihrer Verant-
wortung gegen das Vaterland bewußt geblieben und haben allen
Drohungen und Lockungen trotzend treu auf ihrem Posten ausge-
dauert. In großer Zahl sind sie ohne Rücksicht auf ihre Stellung an
den Platz der Pflichtvergessenen getreten und haben unermüdet
unter Gefahr für ihr Leben und ihre Gesundheit ungewohnte Ber-
euerungen übernommen. Mit demselben heroischen Opfermut hat
sich die technische Beihilfe für den Eisenbahndienst eingestellt. Ohne
Verzug sind ihre Mitglieder überall dem Rufe ihrer Führer gefolgt
und haben sich den durch die Ungunst des Wetters noch besonders
erhöhten Arbeiten unter äußerster Selbstverleugung unter-
zogen.

Zu ihnen sind die Arbeiter getreten, die einzige Punkte des
Reiches ausgenommen, getreu ihrer Pflicht ihre Arbeit nicht
lassen haben. In richtiger staatspolitischer Erkenntnis haben ihre
Führer den Streik von vornherein abgelehnt. Dieses dreifache Zu-
sammenwirken hat unser Vaterland vor Hungersnot und den schwe-
ren wirtschaftlichen Schädigungen bewahrt. Darum sage ich allen,
den pflichtgetreuen Beamten, Angestellten und Arbeit-
lern, wie den beherzten Rothkrieger für die ausopfernden
Leistungen meinen wärmsten Dank. Ich freue mich besonders,
diesen Dank ohne Einschränkung dem Personal der Reichsbahn in
Bayern und Württemberg aussprechen zu können, daß diese
Teile des Reiches das verhängnisvolle Schauspiel der Dienstver-
weigerung völlig erspart haben.

Rüge der Verlauf der Bewegung zur Folge haben, daß sich
nunmehr Pflichtbewußtsein und Verständnis für die be-
stehenden Staatsnotwendigkeiten in allen Kreisen der
Beamtenchaft durchsetzen. Nur so kann das Verkehrswe-
sen einer baldigen Gesundung entgegengeführt und dem Berufs-
beamtentum die drohende Gefahr beseitigt werden.

Deutschnational und Beamtenstreikförderer?

Der Berliner, 14. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Der
„Vorwärts“ behauptet, daß der deutschnationale Reichstags-
abgeordnete Julius Vogel, von Beruf Telegraphenbeamter,
in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bezirksverbandes
Berlin des der Reichspostgewerkschaft angeschlossenen Verban-
des deutscher Reichspost- und Telegraphenbeamten den Ruf zur
Sammlung von Streikunterstützungsgeldern für die aus-
wärtigen Eisenbahnbeamten unterzeichnet hätte. Der

„Vorwärts“ spricht die Erwartung aus, daß die deutschnatio-
nale Reichstagsfraktion Herrn Vogel nunmehr ausschließen
wird. Daß die Förderung die Vogel für sich hat, wird mar-
nicht bestreiten können.

Die Konferenz von Genua.

Die Frage der Vertagung.

Der Berliner, 14. Febr. (Von unserem Berliner Büro.)
Der „Intransigent“ teilt mit, daß die Konferenz von
Genua bis zum 13. April vertagt werden könnte. In
diesem Falle wird die Konferenz nicht in Genua sondern
in Rom oder in einer anderen größeren Stadt abgehalten
werden. Im Gegensatz dazu soll bekanntlich die italia-
nische Regierung am dem 8. März unbedingt festhalten.
Bisher sind 700 Teilnehmer angemeldet.

Japan und Frankreich machen gemeinsame Sache.

Moskau, 13. Febr. Wie die „Dispreussische Zei-
tung“ kürzlich berichtet, gibt der russische Vertreter in Italien
Kuffus über Intriquen der französischen Regierung,
um die Konferenz von Genua zu sabotieren. Nach der
„Investra“ macht nun auch Japan Schwierigkeiten, die
Konferenz von Genua rechtzeitig zu beenden. Das Blatt
schreibt, zwischen Frankreich und Japan bestehe eine feste
Uebereinkunft, in allen Fragen der europäischen und asiati-
schen Politik gemeinsam Stellung zu nehmen. Es sei mit
Sicherheit damit zu rechnen, daß falls die Konferenz statt-
finden wird, Frankreich und Japan auf der Konferenz in
allen Fragen zusammengehen werden.

Keine Abänderung bestehender Friedensverträge.

Moskau, 13. Febr. Der „Matin“ meldet aus Lon-
don: Die englische Regierung hat formell die Versicherung
abgegeben, daß auf der Konferenz von Genua über die Ab-
änderung der bestehenden Friedensverträge nicht dis-
kutiert werden würde, ein Komers, von dem die fran-
zösische Regierung ihre Teilnahme an der Konferenz von
Genua abhängig gemacht hatte.

Amerika und die Konferenz.

Paris, 13. Februar. Der New Yorker Berichterstatter
des „New York Herald“ meldet: Die Liebermittlung der Ent-
wort Hardings auf die Einladung nach Genua wurde
durch das Memorandum Boincares verzögert. In Washington
habe man das Gefühl, daß eine neue Lage geschaffen wurde,
die die Regierung in die Notwendigkeit versetzte, offiziell
die Ansicht auszusprechen, daß die europäischen Katio-
nen Schritte tun müßten, um ihr Budget ins Gleich-
gewicht zu bringen und die Inflation einzuschränken, be-
vor die Vereinigten Staaten an der Wirtschaftskonferenz teil-
nehmen könnten.

Die russische Frage.

London, 13. Febr. Der Pariser Berichterstatter
des „Observer“ meldet, es bestehe Grund zu der Annahme,
daß in amtlichen französischen Kreisen die Ansicht herrsche,
daß die Konferenz von Genua um etwa einen Monat
verschoben werde. Die Konferenz werde, wie man an-
nehme, in der Hauptsache der russischen Frage gelten. Zahl-
reiche Anzeichen deuteten darauf hin, daß Frankreich für die
Wiederherstellung seiner alten Beziehungen zu Rußland sei.
Der Berichterstatter weist im Zusammenhang damit auf den
gut organisierten Feldzug in der französischen
Presse zu Gunsten Rußlands hin. Der Moskauer
Vertreter des „Observer“ schreibt, die Sowjet-Diplomatie sei
der Ansicht, daß der beste Weg, um die Beziehungen zu
beheben, die Vorbereitung direkter Verhandlungen
zwischen Paris und Moskau sei. Während ein Einvernehmen
mit Frankreich hauptsächlich aus politischen Gründen
gewünscht werde, seien die Sowjetinteressen in
Deutschland vornehmlich wirtschaftlicher Art.
Man hoffe in Moskau, daß sich Deutschland weigern werde,
an dem geplanten Konsortium teilzunehmen. Die Sowjet-
diplomatie bemühe sich ernstlich ihm nachzuweisen, daß die
Teilnahme an einer Verbindung zum Zweck der Ausbeutung
Rußlands nicht nur zur Erdrosselung Rußlands, sondern auch
Deutschlands führen würde. Trotz zweifelhafter Notwendigkeit sei
in Moskau jedoch die Ansicht allgemein, daß ein Einver-
nehmen mit Deutschland sicher sei.

Aus dem Unterhaus.

Fragen der englischen Außenpolitik.

London, 13. Febr. Lloyd George erklärte heute
im Unterhause in Beantwortung einer Anfrage, Rußland
habe die Einladung des italienischen Premierministers zur
Teilnahme an der Konferenz von Genua am 6. März an-
genommen und zwar ohne Protest und ohne Einschrän-
kungen irgend welcher Art. In Erwiderung auf eine weitere
Anfrage teilte Lloyd George mit, daß die Namen der
britischen Vertreter bei der Konferenz von Genua noch nicht fest-
stehen. Ob die Konferenz am 8. März zusammentrete sei noch
nicht vollkommen klar. Im Augenblick komme eine Ver-
schiebung nicht in Frage.

Weiterhin sagte Lloyd George, daß das Parlament Ge-
legenheit erhalten werde, die Bedingungen des engli-
sch-französischen Paktes zu erörtern, bevor irgend
welche Verpflichtungen im Zusammenhang damit von Groß-
britannien übernommen werden.

Von einem anderen Regierungsvorsteher wurde mitge-
teilt, daß noch keinerlei Vereinbarungen mit Frankreich über
die Verteilung der bereits von Deutschland gezahlten 1
Milliarde Goldwerte erzielt worden sei. Die Frage wurde in
Cannes erörtert. Es sei jedoch vor dem Austritt Briands
beim vor Schluß der Konferenz in Cannes keinerlei end-
gültiges Abkommen zustande gekommen.

Französischer Chauvinismus im Elsaß.

Seit Poincaré am Ruder ist, bemüht sich die französische Presse womöglich noch intensiver als zuvor, den Nachweis zu erbringen, daß Frankreich nichts sehnlicher wünscht als die Versöhnung der Völker, den Weltfrieden. Diese Bemühungen sind nicht verwunderlich. Wird doch Poincaré und seine Anhängerschaft nicht allein von deutscher Seite, sondern in weitem Maße auch in den Frankreich befreundeten Völkern als Friedensförderer empfunden, ja sogar als der Hauptschuldige am Weltkrieg. Und besonders schwerwiegend ist die Tatsache, daß im französischen Volke selbst die linkslebenden Kreise diese Auffassung teilen und zum Ausdruck bringen. Und nichts kann den heute in Frankreich herrschenden Kreisen gefährlicher erscheinen als die Möglichkeit des Erwachens der Völker aus ihrem traumähnlichen Zustande des Hassens. Wehe, wenn die These von Deutschlands Allein-schuld am Kriege fiele! So gilt es immerfort das wahre Gesicht Frankreichs zu verhüllen, fieberhaft an der Verfassung des deutschen Volkes zu arbeiten, um wenigstens Herr des Kontinents zu sein, wenn schon England u. Amerika der Stellung als führende Weltmacht im Wege stehen, und gleichzeitig diese imperialistische-militärische Politik mit den Phrasen von Frankreichs Friedensliebe zu bemänteln.

Wie es um diese Friedensliebe der führenden Schichten des französischen Volkes bestellt ist, wie unverantwortlich immerfort gegen alles Deutsche gebotet wird, darüber unterrichtet uns ein Leitartikel in der Lothringer Volkszeitung vom 26. 1., deren Leiter Dupuis Hartpfil wohl kaum der Deutschfreundlichkeit bezichtigt werden kann. Hier heißt es unter anderem:

Mit der Zeit wird man nicht um die Behandlung der Frage herumkommen, ob der Geist, in dem der Unterricht in vaterländischer Begehung in recht vielen Schulen erteilt wird, der richtige ist. Wir möchten dies in Abrede stellen. . . Wir haben bereits unser Bedauern darüber ausgesprochen, daß unsere Schulverwaltung in Frankreich erklärte Kommunisten als Lehrer eine antipatriotische Tätigkeit entfalten läßt. Aber die Gegenwehr bildet die Tatsache, daß in manchen Schulen der Nationalhymne und ein ungeheurer Chauvinismus gelehrt wird. . . Die wahre Vaterlandsliebe sollte sich in der Weisheit ausdrücken, daß man den Kindern wahre Humanität und den Vätern vor dem Kriege beibringt. . . Es soll wissen, daß der Nationalismus eine der stärksten Kriegsvorbereitungen von jeher gewesen ist. . . Es kommt für uns Franzosen an erster Stelle selbstverständlich das Verhältnis zu dem angrenzenden Deutschland in Betracht. Wir wissen, daß die Wertschätzung am Platze ist, aber genau so müssen wir wissen, daß das Deutschland gegenüber zu schaffende Verhältnis doch leichter zu gestalten sein wird, wenn uns der Geist der Versöhnung und der Verständigung beherrscht. . . Der wahre Freund des Friedens kann es nur mit Betrübnis hören, wenn in der Schule der Nationalhymne gefesselt wird. Man sollte nicht von Schulkindern verlangen, daß sie niemals „Deutsch“, sondern nur „Boche“ sagen! . . . Und verschone man insbesondere die Kinder in den Kleinkinderschulen mit solchen Ausschüssen! Im selben Zusammenhang wäre zu erwähnen, daß gar viele Eltern sich wundern über die Menge von sozialistischen Liedern und kriegerischen Gesängen, die in der Schule den Lehrplan bilden.

Diese systematische Heße beschränkt sich nicht auf die Schulen. Auch in den Gerichten ist sie so heimlich geworden, daß der Justizminister sich gezwungen sah, vor wenigen Tagen folgenden Erlass an den Generalstaatsanwalt in Kolmar zu senden:

Ich bitte Sie, den Herren Staatsanwälten Anweisung zu erteilen, damit sie in Zukunft in den Verhandlungen den Ausdruck „Boche“ nicht mehr anwenden.

Hierzu schreibt die Lothringer Volkszeitung vom 25. 1.: Was in dieser Beziehung in unseren Gerichten von gewissen Staatsanwälten gefordert wurde, ist beinahe unfaßbar. Wenn allerdings der Generalstaatsanwalt Kung selbst sich zu der für Leute mit gesundem Menschenverstand unqualifizierbaren Behauptung verheißt: „Alle Deutschen sind Bögen“, so braucht man sich nicht zu wundern. Solche Beamten passen nicht in unser Grenzland. Es wäre nur zu wünschen, daß noch ein zweites Zirkular erginge, um den „Patriotismus“ aus dem Gerichtssaal zu verdammen. Man kann fast behaupten, daß kaum ein Zivilprozeß vor unseren Gerichten plädiert wird, bei dem nicht das Argument: Der eine oder andere Partner sei „ein guter Franzose“ resp. er sei auch in der Vergangenheit ein solcher gewesen, eine Rolle spielt. Solche Dinge haben aus der Rechtsprechung eines zivilisierten Staates auszuschließen.

Mit anderen Worten: Selbst den französisch gefühlten Elsaßern und Lothringern geht solch blindwütender Haß zu weit. Ihrer deutschen Art entsprechend muß sich das Gerechtigkeitsgefühl immer wieder Bahn brechen. Es läßt sich denken, wie abstoßend dieser Chauvinismus auf die Masse der Elsaß-Lothringer wirken muß, die zwar auf Grund ihrer geschichtlichen Entwicklung das Aussehen einer deutschen nationalen Gesinnung nicht erleben konnten, sich jedoch ihrer engen Verbundenheit mit dem deutschen Volk in geschichtlicher und kultureller Beziehung bewußt sind. Sie suchen sich als Elsäßer und Lothringer innerhalb der französischen Staatsgrenzen einzurichten. Aber Frankreich verlangt von ihnen reißloses Aufgehen im Franzosentum, auch im französisch Haß auf das Germanentum. Und weil sie dazu nicht fähig sind, muß sie das chauvinistische Frankreich als seine Feinde betrachten und ihre Vernichtung herbeiführen. Nach regionaler Selbstverwaltung verlangen die Elsaß-Lothringer. Etüd für Etüd wird sie ihnen erschlagen, um ihnen das elsäßisch-lothringische Rückgrat zu brechen. Es hat wenig zu bedeuten, wenn der elsäßisch-lothringische Conseil consultativ — der beratende Rat! Aus diesem Rat geht hervor, welche große Machtbefugnisse er besitzt — in seiner Sitzung vom 26. Januar seine Stimme dagegen erhebt, daß die elsäßisch-lothringischen Eisenbahnen an die französischen Eisenbahngesellschaften verschachtet werden und ihre Erhaltung als Staatsbahn verlangt. Eine gegen-tätige Regelung wird über kurz oder lang doch erfolgen, und zwar nur aus dem einen Grunde, weil alles „Elsaß-Lothringische“ verschwinden muß. Besonders rücksichtslos hat der Unterstaatssekretär Tissier, der im Kabinett Briand die elsäßisch-lothringischen Angelegenheiten zu vertreten hatte, diesen Weg der Knechtung beschritten. Ohne jegliches Ansehen irgend-einer elsäßisch-lothringischen Körperschaft über den Kopf des General-Kommissariats in Straßburg hinweg befahl er durch Dekret den Anschließ der Justizabteilung in Straßburg an das Justizministerium in Paris. Durch ähnliches Vorgehen in anderen Angelegenheiten hat er sich in Elsaß-Lothringen den Namen eines „Diktators“ eingebracht. Unter Poincaré hat nun Barthou, der jetzige Justizminister, die elsäßisch-lothringischen Angelegenheiten zu führen. Er hat sich mit einer tiefen Verbeugung vor dem elsäßisch-lothringischen Regional-nismus gut eingeschrieben, indem er zur Sitzung des Conseil consultativ nach Straßburg kam und die Eröffnungssitzung leitete. Aber dies ist nur eine geschickte Geste, ebenso wie alle Be-zeigerungen, daß Frankreich die Wünsche der Elsaß-Lothringer voll und ganz berücksichtigen werde, leere Phrasen sind. Die Elsaß-Lothringer sollen als solche verschwinden. Die fran-zösische Schulpraxis soll die Kulturgemeinschaft zwischen Elsaß-Lothringern zerstören; eine systematische Verbeugung gegen alles Deutsche soll jegliche Verbindung unmöglich

machen. Zu diesem Zwecke bringt die französisch geschriebene Presse des Landes fast täglich Berichte über die heutigen Kriegsvorbereitungen in Deutschland und sie scheut sich nicht in einem Lande, dessen Söhne als Feldgrauen im deutschen Heere ihre Pflicht erfüllten, immer wieder die abgeleiteten Rügen von den Kriegsgreueln der „Boches“ zu wiederholen. Die Elsaß-Lothringer wissen, daß es Rügen sind. So sollte man annehmen, daß solche Propaganda sie von Frankreich trennen muß. Doch darf man nicht vergessen, daß die Bevölkerung des Reichslandes, vom deutschen Volk oft mißverstanden und falsch behandelt, 1918 vom Belgisch-Deutschen gebrückt, sich willenlos der französischen Herrschaft hingegeben hat. So haben sich die Elsaß-Lothringer selbst gebunden, und die Gifte der Verleumdung und Verhöhnung sind schwer zu bekämpfen. Ueber diese ernste Situation muß man sich heute in Deutschland klar sein. Dann wird einem Jeden von uns die Bedeutung der elsäßisch-lothringischen Frage bemerkt werden. Wir dürfen heute nicht mehr darnach fragen, ob die Elsäßer und Lothringer politisch Deutsche sein wollen oder nicht, sondern müssen darnach streben, die Kulturgemeinschaft mit ihnen lebendig zu gestalten. Wir können heute keinen Einfluß nehmen auf die politische Gestaltung Elsaß-Lothringens. Aber niemand kann uns verwehren, die Elsäßer und die deutschsprachigen Lothringer als eine deutsche Minderheit zu betrachten, die ein Recht darauf hat, im französischen Staatswesen eine kulturelle Auto-nomie zu erhalten. Und wir müssen alles daran setzen, diese Vernichtung Elsaß-Lothringens als Vorposten des deutschen Volkes als Kulturvolk zu vereiteln. Denn eine solche Vernichtung würde Frankreichs Stellung am Rhein, insbesondere hinsichtlich seiner linksrheinischen Politik, in hohem Maße beeinträchtigen.

Bayrischer Landtag und Schuldfrage.

München, 13. Febr. Der Verfassungsausschuß des bayr. Landtages beschäftigte sich heute mit einer Eingabe der deutschen Arbeiterschaft für Wahrheit, Recht und Ehre, wonach die bayr. Regierung die der Reichsregierung dafür einreden soll, daß unvor-zuglich eine großzügige Propaganda zur Fortführung der Lage von der Schuld Deutschlands am Kriege betrieben werde.

Der Berichterstatter Abg. Böhler (Dem.) verwies auf die früheren Landtagsbeschlüsse in dieser Richtung und betonte, daß die Angelegenheit nicht parteipolitisch behandelt werden dürfe. Er bemerkte weiter, daß sich in der Welt schon allmählich ein Um-schwung geltend mache und verwies auf die Verdienste der Propagandistinnen Paul Rohrbachs und der Süddeutschen Kanalis-tische. Die Konferenz von Genua biete der Reichsregierung endlich Gelegenheit, um zu einer aktiveren Politik in dieser Frage über-zugehen.

Der Rätefraktion Abg. Bürger betonte, daß die Vorbe-dingungen für einen wirklichen Frieden die Zerstörung der Schuld-lage sei. Von deutscher Seite muß endlich eine aktivere Propaganda in diesem Sinne erfolgen. Der Regierungsvertreter verwies darauf, daß sich die bayerische Regierung seit längerer Zeit bemühe, die Reichsregierung zu einer aktiveren Politik in dieser Frage zu ver-anlassen. Württemberg, Sachsen, Hessen und Braunschweig haben den bayerischen Forderungen zugestimmt. Auch die Reichs-regierung stehe grundsätzlich auf demselben Standpunkt, erachtet aber den Zeitpunkt für ein aktiveres Vorgehen noch nicht für gekommen. Bayern beabsichtige auch weiterhin mit Nachdruck in dieser Rich-tung tätig zu sein. Nach längerer Aussprache, an der sich die U. S. P. beteiligte, wurde die Reichsregierung in eine Zwangs-lage versetzt und in der die U. S. P. betonte, daß auch sie eine entscheidende Bekämpfung der Schuldfrage verlange, daß man aber der Reichsregierung freie Hand bezüglich des Zeitpunktes lassen solle, wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kom-munisten und bei Stimmenthaltung der Reichssozialisten fol-gender Antrag der beiden Berichterstatter angenommen:

Die Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß dem In- u. Ausland, insbesondere den Entente-regierungen, das authentische Material unterbreitet wird, das die im Verfall der Reichsregierung aufgestellte Behauptung von der Schuld Deutschlands am Kriege zu zerstreuen vermag.

Deutsches Reich.

Schulden der Handwerker.

Die Abgeordneten Hindeisen, Dr. Becker (Hessen), Benthien und Havemann (D. V. P.) haben folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

Anfolge Steigerung der Löhne und Materialpreise in den letzten Monaten ist in landwirtschaftlichen und ge-werblichen Betrieben eine außerordentlich starke Erhöhung des Betriebskapitals nötig geworden. Eine Weitersteigerung muß für die nächste Zeit befürchtet werden; sie trifft besonders schwer die kleinen Handwerksbe-triebe und hier insbesondere die Bauhandwerker, die sich ohnedies nur notdürftig aufrecht erhalten können, in Zukunft aber zu Grunde gehen müssen, da sie weder die nötige Verstärkung ihres Betriebskapitals vornehmen, noch auch nur die sich aus den gesteigerten Löhnen und Preisen ergebenden höheren Preise von den unter der Zwangs-wirtschaft leidenden Hausbesitzern usw. fordern können. Die Organisationen des Handwerks sind nur gering in erster Linie berufen, hier helfend einzugreifen. Da die Not aber eine allgemeine werden wird, sind sie kaum in der Lage, die dazu notwendigen Mittel aufzubringen. Wir fragen an:

1. Sind der Reichsregierung diese Verhältnisse bekannt?
2. Welche Wege glaubt sie einschlagen oder empfehlen zu können, um diesen Schwierigkeiten vorzubeugen, soweit sie aber bereits eingetreten sind, ihnen abzu-helfen?

Erleichterung der Handelsbeziehungen zu Jugoslawien.

Berlin, 14. Febr. (Von un. Berl. Büro.) Nach einer der „D. A. Z.“ übermittelten Havasmeldung hat die jugoslawische Regierung beschlossen, auf die Repressalien-klausel des Versailler Vertrages zu verzichten. Dieser Ver-zicht ist im Sinne des zwischen Deutschland und Jugoslawien abgeschlossenen Handelsvertrages und damit eine Beseitigung der großen Hindernisse der beiderseitigen Handels-beziehungen.

Sepp, der ehemalige Minister.

WB. Braunschweig, 13. Febr. Die hiesige „Freiheit“ teilt mit, daß die braunschweigische Landtagsfraktion einstimmig beschlossen habe, den Abg. Sepp Dertter aus der Fraktion auszuscheiden.

WB. Schöningen, 13. Febr. Die gestrige Versammlung des Ortsvereins der U.S.P., in der Dertter ein dreistündiges Referat hielt, hat nach einem Bericht der „Schöninger Ztg.“ einstimmig beschlossen, Dertter das Vertrauen auszu-sprechen. Die Zentralleitung der U.S.P. wurde aufgefor-dert, das Ausschlussverfahren gegen Dertter einzustellen. Dertter erklärte, er lege sein Landtagsmandat nicht nieder, es sei denn, daß die Braunschweiger Sozialisten ihm ihr Ver-trauen entzögen. Das werden sie aber doch wohl tun müssen!

Deutsch-russische Besprechungen in Berlin.

Berlin, 14. Febr. (Von un. Berl. Büro.) Krassin trifft nach einer Redung der Ost-Expreß erst am Mittwoch in

Berlin ein. Nach derselben Quelle hat Krassin in London Verhandlungen mit Lord George geführt, in welchen sie unter anderem auch die Bildung der internationalen Syndikate zum Wiederaufbau Sowjetrußland besprachen. Im Anschluß an diese Londoner Verhandlungen soll Krassin nun in Berlin mit Politikern und Finanzleuten konferieren. Am Mittwoch treffen dann auch die aus Sowjetrußland ausge-wiesenen Menschenweissen aus Riga in Berlin ein. Die Ber-liner sozialdemokr. Kreise planen einen feierlichen Empfang.

Wie die B.Z. hört, ist die von dem Belgier Bemelmann geführte Abordnung der Reparations-kommission in Berlin eingetroffen, um mit der deutschen Regierung die Frage der Sachlieferungen zu besprechen. Bemelmann hat bereits im Ministerium des Äußeren vor-gesprochen. Gestern wurde die ganze Sache noch demittiert!

Berlin, 14. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Die deutschen Kardinal Bertram Schulze und Jan-haber haben, wie zuverlässig aus Rom berichtet wird, am gestrigen Abend ihre Rückreise nach Deutschland angetreten.

Baden.

Nachträgliche Verurteilung des Streiks.

M. Mannheim, 13. Febr. Hier fand eine Funktionä-rkonferenz der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner u. Staats-beamter, Bezirk Unterbaden, statt, die von etwa 400 Ber-sonen besucht war und sich zunächst mit dem letzten Eisen-bahnerstreik befaßte. Es wurde dazu eine Ent-scheidung angenommen, in der der Streik der Reichs-gewerkschaft nicht als gewerkschaftlicher Streik anerkannt, aber verlangt wird, daß den verschiedenen Forderungen der Eisenbahner hinsichtlich Ortsklassen und Be-zahlung endlich Rechnung getragen wird. Ferner wird gefor-dert, daß die Ortsklassen beseitigt werden. Von den badischen Reichstagsabgeordneten wird erwartet, daß sie sich für die Wünsche der Eisenbahner hinsichtlich der Ortsklasseneinteilung in Unterbaden einsetzen.

M. Mannheim, 13. Febr. Das Ergebnis der am Samstag in allen Orten, die dem Arbeitgeberverbande badischer Gemeinden angehören, von den Gemeindear-beitern Badens vorgenommenen Urabstimmung zu dem Schiedspruch ist noch nicht bekannt. In Mannheim ergab die Abstimmung eine fast einstimmige Ablehnung dieses Schiedspruchs.

Aus dem Parteileben.

Der geschäftsführende Ausschuss der D. V. P.

Landesverband Baden, hielt am Sonntag, 12. Februar in Karlsruhe eine Sitzung ab. Nach den Begrüßungsworten des Ver-bandsvorsitzenden, Abg. Prof. Weber, der der Parteiführer des badischen Parteifreunde ein Lob zollte, berichtete Reichstagsabg. Dr. Curtius über die politische Lage im Reich, wobei er wieder die Frage des Steuerkompromisses beleuchtete. Hierbei stellte sich die Deutsche Volkspartei auf den Standpunkt, daß der unere Kom-promiss nicht unter der Bedingung, daß die Zwangsenteile nicht nur dazu verwendet werden, die Sachlieferungen zu finanzieren, habe die Deutsche Volkspartei derselben zugestimmt. Die von Reichstagsabg. Dr. Becker erhobene Forderung nach persö-nlichen und sachlichen Garantien präzisierter der Redner dahin, ein großes Sanierungsprogramm für die Reichsverwaltung ge-fordert und besonders nach der Ausgabezeit der Entente-reitelliert werden müsse. Bei der Erörterung des Eisenbahner-streiks stellte Dr. Curtius mit Genugtuung fest, daß die Teil-nahme der D. V. P. an der Hauptversammlung der Reichs-gewerkschaften sei. Der Ausdruck des Streiks sei zu einem guten Teil auf das Schuldkonto der Regierung zu setzen. (Beschlüsse verhandelt und Arbeitslosigkeit). Der Redner ging dann auf den Fall Korbena und den in der letzten Reichstagsitzung von der Deutschen Volkspartei eingebrachten Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler ein.

In der anschließenden Aussprache wurden die einzelnen Fragen noch näher beleuchtet. Der Vorsitzende, Landtagsabg. Weber, konnte feststellen, daß der geschäftsführende Ausschuss des Baden-verbandes Baden einmütig hinter der Mißtrauensantrag stehe. Nach der Mittagspause erbat die Abg. Weber den Redner über die politische Entwicklung in Baden, die Regierungserklärungen und begründete das für die badische Regierung ausgesprochene Ver-trauensvotum. Er stellte hierbei fest, daß die Verhältnisse in Baden sich in ruhigeren Bahnen entwickelt haben. In diesen Zu-sammenhänge wies er auch die Behauptungen zurück, daß die Deut-sche Volkspartei selbst sich zu einer Beteiligung an der Regierung in Baden dränge. In der Aussprache, an der sich u. a. folgende anwesenden Abgeordneten der Gruppe und Reichstagsabg. Dr. Curtius beteiligten, wurde die volle Einmütigkeit des Ausschusses mit der Haltung der Gruppe im Landtag zum Ausdruck gebracht und folgende Entschlüsse angenommen:

Der geschäftsführende Ausschuss des Landesverbandes Baden der D. V. P. billigt die sachliche und wirkungsvolle Arbeit der Landesgruppe und hat das volle Vertrauen zu ihr, daß sie die Grundzüge der Partei mit Nachdruck zur Geltung bringen wird.

Nach Erörterung des Schuldsprogramms wurde die Sitzung um 6 Uhr geschlossen.

Letzte Meldungen.

WB. Paris, 13. Februar. (Havas.) Die Finanzkommission des Senats hat heute die Erklärung des Ministerpräsidenten und des Finanzministers über den Gesehtentwurf betr. die Sa-nierung der Banque industrielle de Chine ange-nommen. Poincaré fügte die Gründe an, die dazu geführt hätten, den von seinem Vorgänger eingebrachten Gesehtentwurf aufrecht zu erhalten und legte die Richtlinien dar, die die fran-zösische Regierung bei ihren Verhandlungen mit der chinesischen Regierung bezüglich der eventuellen Verwendung der Bozen-entschädigung zu befolgen beabsichtige. Im Namen der Finanz-kommission erklärte der Berichterstatter, daß diese mit großer Weisheit geneigt schiene, den von der Kammer beschlossenen Gesehtentwurf anzunehmen jedoch unter gewissen Vorbehalten, die sich auf die Verantwortlichkeit und den raschen Verlauf so-wohl der strafrechtlichen wie auch der zivilrechtlichen Behand-lung bezögen. Der Ministerpräsident erklärte sich mit den Entschlüssen des Berichterstatters einverstanden. Aus den Erklärungen des Ministerpräsidenten und des Finanzministers geht hervor, daß sich die Passiven der Bank auf zirka 400 Millionen im Frank belaufen, davon 310 Millionen von Gläubigern im Fernen Osten und 90 Millionen von solchen in Frankreich. Für die Sicherstellung der Auszahlung der Debits werden drei Wege in Vorschlag gebracht:

1. Wiederinrichtung der jetzigen Bank nach der notwendigen Sanierungsaktion.
2. Ersetzung der jetzigen Bank durch einen neuen ähnlichen Organismus, der die Sicherstellung der materiellen und moralischen Interessen Frankreichs im Fernen Osten gewährleisten soll.
3. Die einfache Auszahlung der Depots, eine Hypothese, die jedoch niemand in Betracht ziehen kann.

Wirtschaftliche Fragen.

Fleischpreissteigerung ohne Ende.

Ul. Karlsruhe, 13. Febr. In dem Sitzungszimmer der... Fleischpreissteigerung ohne Ende.

Im Anschluß hieran wurde eingehend die Frage erörtert, welche Mittel geeignet wären, um dieser starken Fleischpreissteigerung Einhalt zu tun.

Es wurde der Sach geäußert: Wir haben in Baden mehr... als Vieh. Die Schlammhotels in den großen Kurorten...

Von Interesse war die Mitteilung eines Händlers, daß... der Mannheimer Markt wöchentlich etwa 800 Stück Rindfleisch...

Städtische Nachrichten.

Die Käseversorgung Mannheims.

Aus Händlerkreisen geht uns folgende bemerkenswerte Zuschrift an:

Man schreibt dauernd von der Bekämpfung des Wuchers und... Käseversorgung Mannheims.

Mit diesem Kauf gerät der Kaufmann wieder in eine neue... Käseversorgung Mannheims.

- 1. Die Bevölkerung Mannheims wirklich billigen Käse erhalten. 2. Wird das Schiebertum von selbst aufhören...

Und zum Schluß wird dann auch dieser Gegenstand zwischen... Käseversorgung Mannheims.

Die Berufswahl für die weibliche Jugend.

Während sich die Dierzeit trüt, so wird uns von der... Berufswahl für die weibliche Jugend.

entscheiden, für welchen Beruf es am besten geeignet ist... Berufswahl für die weibliche Jugend.

Ul. Die Rückfahrt deutscher Kriegsgefangener aus Sibirien... Rückfahrt deutscher Kriegsgefangener.

Tragischer Tod. Der unverheiratete, 35jährige Professor... Tragischer Tod.

Veranstaltungen.

Der letzte Abend, der am Sonntag im Abend... Veranstaltungen.

Theaternachricht. Das erfolgreiche Lustspiel von Ludwig... Theaternachricht.

In der Ortsgruppe Mannheim des Deutschen Nationalen... Ortsgruppe Mannheim.

Die zweite Deutsche Erfindungs- und Neheiten-Messe... Deutsche Erfindungs- und Neheiten-Messe.

Wer an Hühneraugen leidet, sollte sich mit... Wer an Hühneraugen leidet.

Berliner Theater.

Die Frau ohne Bedeutung. — Der Ring. — Der Hahn... Berliner Theater.

Am letzten Schauspielhaus der Gertrud Eyoldt: Uraufführung... Berliner Theater.

Über es geht in dem Stil überhaupt nur um Pikanterie... Berliner Theater.

Das Schloßparktheater in Steglitz machte ein seltsames... Berliner Theater.

Münchener Theater.

Im Münchner Residenztheater wurde — nach dem Bericht... Münchener Theater.

dieser wackere Mann den Bruder einige Male kompromittiert... Berliner Theater.

Aber auch die vorzügliche Darstellung verdient alle Anerkennung... Berliner Theater.

Kunst und Wissen.

Franz v. Höpflin wurde nach seinen großen Erfolgen in... Kunst und Wissen.

Geheimrat Dr. Lebig, der Rektor der Berliner Universität... Kunst und Wissen.

Reigen-Verbot durch den — Dichter. Arthur Schnitzler... Kunst und Wissen.

Bitter Diamant, der als Lehrer am Mannheimer Konfektarium in Karlsruhe wirkt, wird am 15. Februar in der Harmonie einen Klavierabend veranstalten.

Table with 2 columns: National-Theaters and Neues Theater. Rows include dates, acts, and play titles like 'Der Wetlauf in d. Schaffen' and 'Das Christfest'.

Kommunale Chronik.

Sitzung des Bürgerausschusses Weinheim. Weinheim, 12. Febr. In vierstündiger Abend Sitzung hat der hiesige Bürgerausschuss eine ziemlich umfangreiche Tagesordnung zu erledigen.

am 9. Febr. Zur Durchführung des Sozialversicherungsgesetzes hat die Stadt einen Betrag von 280 000 Mark für das Jahr 1924 bewilligt.

Aus dem Lande.

Wöllstadt, 3. Febr. Am 12. Februar 22 vor es Rotadiner Rudolph, der in allen Kreisen der Bevölkerung sich des größten Ansehens und allgemeiner Beliebtheit erfreuen darf, verunglückt.

Heidelberg, 13. Febr. Am Samstag, 11. ds. Mts. ist auf dem Oberbahnhof der Oberbahnhofs-Gesellschaft in Heidelberg der 34 Jahre alte Schaffner Walter aus Schleichheim

Sportliche Rundschau.

Allgemeines.

1. 2. Generaterversammlung des Ortsausschusses Mannheim für Leibesübungen und Jugendpflege. Im unteren Saale der Biederfeld Hall gefahren Abend der Ortsausschuss für Leibesübungen und Jugendpflege seine 2. Generaterversammlung ab, zu der von 34 anwesenden Vereinen nur 21 erschienen waren.

Handel und Industrie.

Ueber die Lage der Weltwirtschaft

finden wir im letzten Bericht der Amsterdamer Kommandite der Dresdner Bank, der Firma Proehl u. Gutmann folgende bemerkenswerte Ausführungen: „In welchem Grade die Weltwirtschaft degeneriert ist und wie gewaltig die Weltproduktion noch im Rückstande ist gegenüber den Leistungen vor dem Kriege, überrascht immer wieder aufs neue auch den Fachmann, wenn er in die Statistiken blickt.“

Süddeutsche Teerprodukte- und Brikettfabrik A.-G. in Mannheim. In der G.-V. am 20. Januar wurde die Erhöhung des Grundkapitals um 1,9 Mill. A. beschlossen.

Schramm u. Weber G. m. b. H. in Mannheim. Diese Firma wurde in das Handelsregister eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist Handel mit sämtlichen Hütten-erzeugnissen, elektrotechnischen Artikeln, Erzeugnissen der Metallindustrie und Beteiligung an Unternehmungen dieser Art.

Uhrenfabrik Badenia A.-G., Villingen. Im Anschluß an die Kapitalerhöhung der Gesellschaft von 3 auf 12 Mill. A. wird mitgeteilt, daß die Kapitalerhöhung die Folge der künftigen Übernahme der Uhrenfabrik Haller u. Benzing in Schwenningen und der Erstellung eines Neubaus in Schwenningen ist.

Gießerei u. Maschinenfabrik Oggersheim A.-G., Oggersheim. Einer demnächst einzuberufenden a.-o. G.-V. wird die Genehmigung eines Betriebsgemeinschaftsvertrages mit den Kölsch-Fölkler-Werken A.-G. Siegen zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Wayß u. Freytag A.-G., Neustadt a. H., Zweigabteilung Karlsruhe. In einer a.-o. G.-V. wurde die Erhöhung des Grundkapitals um 15,5 Mill. A. beschlossen.

Betriebsaufnahme beim Eisenwerk St. Ingbert. Wie aus Anzeigen gemeldet wird, beabsichtigt das Eisenwerk St. Ingbert, dessen sämtliche Aktien sich in französischen Händen befinden, in kurzer Zeit die Wiederaufnahme des Betriebs der seit längerer Zeit stillgelegten modernen Drahtzieherei.

Bergische Bank, A.-G., Lüttringhausen. Die a.-o. G.-V. beschloß, das Aktienkapital von 2 auf 6 Mill. A. zu erhöhen. Die neuen Aktien, die ab 1. Januar 1922 an der Dividende teilnehmen, werden von der Rheinischen Handelsgesellschaft m. b. H., Düsseldorf, zu 130 übernommen und den alten Aktionären im Verhältnis 2:1 zu 135% angeboten.

Aluminium-Freileitungen werden in der Union in großen Mengen gebaut. Man hat dort durch eingehende Versuche festgestellt, daß echtes Aluminium von 99% Feingehalt dieselben Leistungen ergibt wie Kupferleitungen.

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 13. Febr. Die heutige Börse nahm einen anregenden Verlauf und waren besonders Industriaktien sehr fest. Anlin 635 G., Bremen-Besigheimer 1200 G., Verein Deutsch. Delfabriken 835 G., Westeregeln 2600 G., Karlsruhe Maschinenbau 960 G., Neckarsulmer Fahrzeug 1250 G., Zuckerwerke Heidelberg 835 G., Unionwerke 560 G. und Zement Waghäusel 810 G.

Dollarkurs 202.50 Mark.

Devisenmarkt

Mannheim, 11. Febr. (2.30 vorm.) Wegen Feiertags in New York ist die Marknotierung nicht eingetroffen. Paris lag gegenüber den anderen Kursen etwas fester mit 1730 bis 1740, New York 202 1/2-204, London 877-882, Italien 960-970, Schweiz 3960-3990, Holland 7500-7550.

Table of exchange rates for various cities including Amsterdam, Berlin, London, Paris, and others, with columns for currency and rates.

Neueste Drahtberichte.

Kaiserautoren, 14. Febr. (Eig. Drahtb.) Zschokke-Werke. Die Gesellschaft erhöht ihr Stammkapital von 2,5 auf 6,5 Mill. A. und die zehnstimmigen Vorzugsaktien von 250 000 auf 500 000 A.

Waren und Märkte.

Mannheimer Viehmarkt.

Zum gestrigen Viehmarkt waren aufgetrieben: 1132 Stück Großvieh, davon 220 Ochsen, 160 Füllen, 742 Kühe u. Rinder, ferner 354 Kälber, 307 Schafe, 748 Schweine.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 13. Febr. (Drahtb.) Am Produktenmarkt erfolgte eine wesentliche Preissteigerung. Den Anlaß hierzu bot die Devisensteigerung und die lebhaftere Nachfrage nach Mehl, Weizen und Roggen waren seitens der Mühlen lebhaft begehrt.

Berliner Metallbörse vom 13. Februar.

Table of metal prices for various types of copper, aluminum, and other metals, with columns for metal type and price.

New York, 13. Febr. Die amerikanischen Warenmärkte wie auch die Fondsbörsen blieben heute geschlossen.

Mannheimer Wetterbericht

am 14. Februar morgens 7 Uhr. Barometer: 757,5 mm, Thermometer: -2,2°C. Niedrigste Temperatur: -3,7°C. Höchste Temperatur gestrigs: +2,8°C. Niederschlag: 0,6 Liter pro qm. Still, Nebel.

Ständesamtliche Nachrichten.

Veröffentlichung. 3. Gebr. Seb. Wöh. Kaufmann u. Bernh. Wöh. Emilie Bernh. Wöh.

Offene Stellen

Buchhalter für Ausb. auf Büro dieser Fabrik zu mögl. sofortigem Eintritt gesucht.

Angebote mit Zeugnisabschriften unter N. R. 142 an die Geschäftsst. d. Bl. 1508

Tüchtige Abonnentensammler

für eine erstkl. Steuerfachzeitschrift... Angebot an Hch. Welcker, Frankfurt a. M. Arndtstrasse 25.

Perfekte, flotte Stenotypistin

nicht über 21 Jahre alt, zum sofortigen oder baldigen Eintritt gesucht. 1500

Perfekter Buchhalter(in)

auch in Schreibmaschine und Stenographie bewandert... Gustav Georg Bromme, Mannheim, U 6, 11.

Internationales Speditionshaus

sucht baldmöglichst vollkommen perfekten Buchhalter(in)

Leben / Unfall / Haftpflicht

Tüchtigem, ein großes solides Geschäft verbürgendem Fachmann bietet alle, bestmögliche Gesellschaft (keine Valutaverpflichtungen) die Stellung eines

Generalagenten

für den Bezirk Mannheim bei zeitgemäßen Bezügen, Direktionsvertrag. Werbesentrale Lloyd, Hamburg 1. 1498

Tüchtiger Expedient

mit guten elektrotechnischen Kenntnissen für Büro und Lager, sowie

perfekte Stenotypistin

(keine Enklavierin) zur Erledigung der allgemeinen Büroarbeiten von zweijähriger Größe... M. Hirschland & Co.

ein jung. Kontorist

der mit allen notwendigen Kontorarbeiten vertraut und gute Vorkenntnisse in Englisch und Französisch besitzen muß, gesucht.

Erster selbständiger Magazin-Verwalter

mit langjähriger Erfahrung von kleinst. groß. Maschinenfabrik zum baldigen Eintritt gesucht.

Redegewandte Damen

zur Aufnahme von Redegewandten Damen... Heizer für mittlere Betriebe, mit Streifenarbeiten vertraut, gesucht.

In Steuer-, Versicherungs- u. Invalidenversicherungswesen sowie Krankenkassen-Vereinen erfahrener Kaufmann

zum baldmöglichsten Eintritt gesucht. Kaufm. L. W. 122 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Jung. Buchhalter mit der doppelten amerik. Buchführung und Unkostenstatistik vertraut, von großem Nährwertwerk für sofort gesucht.

Ausführliche Angebote mit Gehaltsforderung, Zeugnisabschriften und Lichtbild sowie Angabe des frühesten Eintritt-Termins erbeten unter M. V. 121 an die Geschäftsstelle.

Stieliges Zweigbüro größter Elektrotechnischer Fabrik sucht per 1. April oder früher für Büro und Lager

Lehrling

mit guter Schulbildung. Selbstgeschriebene Angebote mit Angabe der Schulbildung an unter N. N. 135 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Stenotypistin zu baldigem Eintritt gesucht. Schmidt & Wilmes G. m. b. H. N 7, 8. 1480

Tücht. Stenotypistin von bedeutendem Industrieunternehmen in einem Vorort Mannheims per 1. April ds. Jrs. in Dauerstellung gesucht.

Kinder-Konfektion für obige Spezialabteilung suchen wir zum baldigen Eintritt 1518

branchekund. Verkäuferin welche bereits in ähnlichen Positionen tätig war, in allen Hausarbeiten u. Küche erfahren.

M. Hirschland & Co. Zuverlässiges Kinderfräulein od. Kindermädchen zu sofort oder 1. März gesucht.

Registrator-Mädchen nicht über 16 Jahre alt, von achtbaren Eltern für sofortiges Einstellen gesucht.

Existenz bietet sich redogew. Damen u. Herren bei Übernahme einer Vertretung, auch als Nebenberuf geeignet.

Wiesig. Engrosgeräth für Lebensmittelbranche sucht einen

Volontär. Angebote unter N. E. 130 an die Geschäftsst. d. Bl.

Tüchtiger Verkäuferin für ein solches zuverlässiges Geschäft gesucht.

Einzelne Tüchtige Alleinmädchen für kleine Familie bei hohem Lohn per 1. März gesucht.

Stellen Gesuche Solides Servierfräulein mit guten Kenntnissen sucht Stellung.

Deutscher Junger als Ausländer gesucht in J. 1. 7. 1922

Tüchtige Stenotypistin von Stenographie sofort gesucht.

Dekorations-Näherin mit großer Weltkenntnis per sofort ges.

2. Zimmermädchen per sofort gesucht.

Reiseposten. Angebote unter L. M. 3 an die Geschäftsstelle.

Gärtnergehilfe in Topfpflanzen u. Landschaftsbau.

Verkaufe Die „Ueberreste“ eines durch Feuer zerstörten, in Hauptstr. 8, Rheinheimlagernden

8/24 ps. Pkw. sind zu verkaufen.

Zu verkaufen mehrere Waggon Stockholz, ca. 50 Ztr. Malzkeime u. 1 schön. elektr. Orchestrion

Herrenrad (Doppel) zu verkaufen.

Haus mit voll. freierliegender Wohnung per sofort oder später zu kaufen.

Schreibpult zu verkaufen. Zu sfr. Tel. Nr. 63.

Emal-Badewanne abzugeben

1 Diwan Gebellstoff und einige Chaiselongues zu verf.

Herd zu verkaufen, wenig gebrauchte

Bade-Einrichtung Neb. Wasenfen, Zinfbedewanne und H. Zimmergasofen.

Kinderwagen wenig gebraucht, sehr preisw.

Bessere Speisezimmer-eigen. Schönbauer, R 7, 10.

Kauf-Gesuche Ich suche für vorgerüstete Küchlein- und Geschäftsbücher

Grosszügiger Kaufmann auch technisch geübter, sehr erfolgreicher Organisations- und Betriebsmann.

Werkmeister in mech. techn. u. kaufm. Erfabr. in Eisenkonstr.

Stenotypistin 25 Jahre alt, an flottes lebh. Arbeiten gewöhnt.

Chauffeur 33 Jahre alt, Fachmann in der Autobranche.

Chauffeur 27 Jahre alt, der auch Nebenarbeiten übernimmt.

Geb. Fräulein 20 Jahre alt, bisher im elterl. Haushalt tätig.

Reiseposten. Angebote unter L. M. 3 an die Geschäftsstelle.

Bess. Mädchen im Haushalt tüchtig und erfahren.

Einzelne Mädchen für alle Arbeiten zum 15. Februar ges.

Köchin in gut hiesiger Haushalt gesucht.

2. Zimmermädchen für sofort gesucht.

Alleinmädchen für ein solches zuverlässiges Geschäft gesucht.

Besseres Fräulein für einige Wochen zu 3 Kindern im Alter v. 7-9 Jahren tagüber gesucht.

Einfaches Zimmermädchen in H. l. Haushalt per 15. ab. 1. März ges.

Mädchen das etwas kochen kann tagüber in kleinen Haushalten gesucht.

Putzfrau für Büroreinigung ges. Batavia Doppel

Putzfrau für vormitags 1-2 St. gesucht.

Stellen Gesuche Solides Servierfräulein mit guten Kenntnissen sucht Stellung.

Ich suche für vorgerüstete Küchlein- und Geschäftsbücher

2 Familien-Haus in freier Lage, mögl. teilweise oder ganz bezugsbar, gesucht.

Auto gebraucht, aber noch gut erhalten, Stärke 10/30, am liebsten aus Privathand zu kaufen.

Haus mit freierliegender, guten Lage, zu kauf. ges.

Damen-Fahrrad sofort zu kaufen gesucht.

Kontrollkasse nur National taugl. gegen Bargzahlung.

Kaufe getrag. Kleider, Jagdgeheiß, Komme auf Wunsch ins Haus.

Vermietungen Möbl. Zimmer Wohnungstausch

Einzelne möbl. Zimmer sofort zu vermieten.

Möbl. Zimmer am Frühst. sofort zu vermieten.

Miet-Gesuche Mädchen sucht möbl. Mansarde

2 möbl. Zimmer mögl. mit Küchenbenützung in nur gutem ruh. Hause.

Nervenleidende finden hier Hilfe.

Reiz. Maskenkostüm für ein solches zuverlässiges Geschäft gesucht.

zwei oder drei Zimmer mit Küchenbenützung zu mieten.

Mannheimer Wohnungs-Anzeiger Nr. 7 erscheint Freitag, 17. Februar 1922 Nr. 7 Anzeigen - Bestellungen über Wohnungs-Tausche, Wohnungs- und Zimmer-Gesuche u.s.w. für diese Nummer erbiten wir längstens bis Donnerstag vormittag Aufnahmen erfolgen nur gegen Vorauszahlung. Die Geschäftsstelle, E 6, 2 Fernsprecher Nr. 7940-7945. S388

